

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Branereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben  
Publikationsorgan des Verbandes der Branerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis: vierteljährlich 9 Mark, unter Kreuzband 12 Mark  
Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionsschluss Montag, früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schillerstraße 6  
Druck: Vorkwärts-Druckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68

Infektionspreis:  
Für Inserate aller Art: die sechsgepaarte Kolonietzeile 1 Mark,  
für Todesanzeigen Zeile 70 Pfennig, für Arbeitsmarkt 80 Pfennig.

## August Sapke

Unsere Hoffnung, die wir in letzter Nummer der „Verbands-Zeitung“ aussprachen, daß es ärztlicher Kunst und der liebevollen Pflege seiner Familie gelingen möge, Kollegen August Sapke bald wieder soweit herzustellen, daß er seine Tätigkeit wieder aufnehmen kann, hat sich leider nicht erfüllt. Zum Schlaganfall trat am 3. Januar die Lungenentzündung; am 4. Januar, abends 7 1/2 Uhr, hatte Kollege Sapke nach viertägiger Krankheitsdauer ausgelitten, ohne soweit das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, um mit jemand sprechen zu können.

In unserm nun toten Freund und Kollegen verkörperte sich Leiden und Kampf der Arbeiterklasse; bei Durchsicht seines Lebensschicksals erwacht wieder die Erinnerung an die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Anfängen, an die brutalen Maßnahmen derer, die um ihre Selbstherrlichkeit und ihren Profit bangten, gegen die Arbeiter, die erkannt hatten, daß sie ihr Geschick selbst gestalten müssen, daß sie kämpfen müssen für bessere Lebensbedingungen, und daß sie sich zu diesem Zweck zusammenschließen müssen zu einer festgefügt gewerkschaftlichen Organisation. In den Anfängen der gewerkschaftlichen Organisationen mit Kampfescharakter glaubten das Unternehmertum und seine Helfer, in den Führern, in den leitenden Personen, in denjenigen, die sich im Interesse ihrer Kollegen in der Organisation hervortaten, die ganze Organisation zu treffen, mit ihrer Maßregelung auch der Organisation den Garaus machen zu können. Zeitweise ist ihnen das auch geglückt; aber wenn der Führer gemäßigter und von Ort zu Ort gehet wurde, trat in der Regel, bald ein anderer an seine Stelle, und soniel Opfer es auch gekostet hat: die gewerkschaftliche Organisation, wie sie jetzt dasteht, zeigt uns, daß alle diese brutalen Angriffe gegen die Ueberzeugung und das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter nutzlos gewesen sind.

Auch Kollege Sapke hat diese Unterdrückungspolitik auskosten müssen. Am 19. Oktober 1865 in Hagensfelde, Kreis Arnswalde, geboren, erlernte er 1882 bis 1884 das Müllerhandwerk, und am 1. Januar 1890 wurde er in Halle Mitglied des Mühlenarbeiterverbandes. Wir finden ihn dann als Vorsitzenden in verschiedenen Zahlstellen: Halle, Leipzig, wir finden ihn gemäßigter, auf die schwarze Liste gesetzt, wieder von Ort zu Ort ziehend, währenddessen er seine Frau mit dem ersten Kinde in Quasitz allein zurücklassen mußte, die sich dort durch Arbeit in der Landwirtschaft durchschlug. Aber die Willenskraft des Kollegen Sapke konnte die Maßregelung nicht brechen, auch nicht die Justiz, mit der er in Vertretung der Interessen der Kollegen in Konflikt geriet, immer wieder war Sapke an der Spitze der Bewegung und tat seine Pflicht im Interesse der Kollegenschaft. Er fand auch noch Zeit, jahrelang als Gewerbegerichtsbeisitzer und dann als Beisitzer im Schiedsgericht für Arbeiterversicherung im Interesse der Arbeiterschaft zu wirken.

Zu Anfang 1908 berief ihn das Vertrauen der Kollegen auf den Sekretärposten im Mühlenarbeiterverbande, dort und seit 1. Oktober 1910 in der Hauptverwaltung der vereinigten Organisation der Branerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen, seit Mai 1919 als Hauptkassierer, hat er seine Pflicht in vollster Weise erfüllt. Immer pflichtbewußt im Dienst, unermüdet in der Organisation, eine treue Seele und ein guter Kamerad, so bleibt Kollege Sapke uns im besten Andenken. Im besten Mannesalter noch, aber ein arbeitsreiches Leben hinter sich, hat ihn der Tod uns genommen.

Wir danken Dir, Kollege Sapke, und vergessen Dich nicht.

Redaktion der „Verbands-Zeitung“  
Verbandsvorstand und Hauptverwaltung,  
Verbandsauschuß.

## Dem toten Kameraden!

Wieder hat uns der unerbittliche Tod einen unserer alten Kollegen und Freund entziffen, der volle 30 Jahre lang beim Aufbau und Ausbau unseres Verbandes in vorbildlicher Pflichttreue seinen Mann gestanden hat.

Auf dem Wege zu Karl Legiens Begräbnis überraschte unsern Kollegen und Hauptkassierer August Sapke ein Schlaganfall, den seine kräftige Natur vielleicht überwunden hätte, aber eine dazu kommende Lungenentzündung führte am 4. Januar den Tod des erst 55 Jahre alten Mitarbeiters herbei.

Als 25jähriger trat August Sapke am 1. Januar 1890 dem Verbande der Mühlenarbeiter in der Zahlstelle Halle bei und gar bald finden wir ihn dort und später in der Zahlstelle Leipzig, wohin er 1901 umfiedelte, in den vordersten Reihen der damals kleinen Schar der ihre Organisation unter unendlichen Schwierigkeiten aufbauenden Mühlenarbeiter.

1908 beriefen seine Kollegen August Sapke in Anerkennung seiner Verdienste um die Organisation in die Hauptverwaltung nach Altenburg als Sekretär. Bei der Verschmelzung mit dem Branereiarbeiterverbande siedelte er mit nach Berlin über. Hier wußte er sich durch seine Pflichttreue und lebenswürdige Kollegialität in kurzer Zeit ein solches Vertrauen bei seinen Kollegen und Mitarbeitern zu erwerben, daß sie ihn beim Ableben unseres unergieblichen Hans Kagerl zu dessen Nachfolger als Hauptkassierer des Verbandes wählten.

Ich preise mich glücklich, daß ich mit August Sapke 13 Jahre als Mitarbeiter und Freund zusammen habe verleben können, mir ist, als sei mit ihm ein Stück meiner selbst dahingegangen.

Als Angefallener war August Sapke von vorbildlicher Pflichterfüllung, ein guter, verständnisvoller Berater, ein unermüdetlicher Mitarbeiter im Interesse seiner Kollegen, der in seiner stillen, bescheidenen Art kein Wesens von sich machte. Als Mensch und Freund haben wir in August Sapke einen prächtigen, lieben Menschen kennengelernt, eine gerade offene und ehrliche Natur ohne Arg und Fehd, auf den man in guten und schlimmen Tagen sich festest verlassen konnte.

In der Jahre Sapkes trauert seine Frau und fünf Kinder. Ihnen soll es ein Draft sein, zu wissen, daß mit ihnen nicht nur seine engeren Freunde und Mitarbeiter, sondern alle Kollegen und Menschen trauern, die mit dem Verstorbenen in nähere Verbindung gekommen sind.

August Sapke hat sich ein dauerndes Andenken im Herzen aller derer erworben, die ihn näher kannten.

Wenn wir auch so früh scheiden mußten, August Sapke, wir werden Deiner immer in Liebe und Freundschaft gedenken.

H. Käppler.

Am Sonnabend, 8. Januar, wurde Kollege August Sapke zur letzten Ruhe bestattet. Eine Anzahl Vertreter auswärtiger Zahlstellen waren erschienen, um ihm das letzte Geleit zu geben, selbst sein früherer Mitkämpfer Kollege Kimmels, jetzt badischer Minister, hat es sich nicht nehmen lassen, ihm die letzte Ehre zu erweisen. Zahlreich sind die Beileidskundgebungen für die Organisation und für die Familie, und die Ehrungen in verschiedener Form, so auch vom Gewerkschaftsbund, von den Zentralverbänden, von der Partei. Die Nachrufe am Sarge zeigten, welche Wertschätzung Kollege Sapke genoss; aus allen Klang hervor: wir wollen in seinem Sinne weiterarbeiten an dem Werk, das er vorzeitig verlassen mußte, an der Aufgabe, die wir uns gemeinsam gestellt haben; selbstlos und pflichtgetreu. Er ruhe in Frieden!

## Zur Abstimmung am 16. Januar

darf kein Mitglied fehlen. Das Interesse der Organisation und der Mitglieder erfordert ein einstimmiges Ja!, eine einstimmige Annahme der vorgeschlagenen Beitrags- und Unterstützungsregelung. Nach erfolgter Abstimmung wird um sofortige Einfindung der Wahlprotokolle ersucht.

## Bekanntmachung

Anlässlich des Ablebens des Hauptkassierers, Kollegen Sapke, wurden heute Kasse, Bücher und Belege geprüft und alles für richtig befunden.

Berlin, den 7. Januar 1921.

Der Verbandsvorsitzende: Der Hauptkassierer:  
E. Badert. J. K.: M. Wittorf.

Die Revisoren:

L. Godapp, Andr. Hochmann, Wilh. Nützig.

## Die Schaffung von großen Industrieverbänden

Wir haben heute in den großen Betrieben Arbeiter der verschiedensten Berufe beschäftigt. Das kapitalistische System hat einen Zustand geschaffen, wo man von Betrieben, die einen ganzen Betrieb innehaben, nicht mehr reden kann. Wer unter diesen Umständen noch immer die alte Berufsorganisation propagiert, die ja auch einmal, das wollen wir nicht verkennen, ihre Befähigung hatte, der verjucht der Zeit in das rollende Rad zu greifen. Daß dieses ein vergebliches Bemühen ist, hat die Gründung zur Genüge gezeigt. Ein großer Teil der kleinen Berufsorganisationen haben ihre Mission erledigt und müssen großen Industrieverbänden Platz machen.

Die Agitation würde dadurch bedeutend erleichtert werden, denn die Jagd nach Mitgliedern hat auch zwischen den einzelnen Organisationen in unseren Reihen oft Formen angenommen, die im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung besser unterblieben wären. Und doch kann man dem einzelnen daraus keinen Vorwurf machen, denn er hat stets nur das Beste seiner Organisation im Auge gehabt, wenn auch durch die Mittel, die man anwandte, oft das Gegenteil von dem Gewünschten erreicht wurde. Wenn wir große Industrieverbände haben, dann hört die Jagd der einzelnen Organisation auf, und damit auch der Kampf zwischen den einzelnen Verbänden innerhalb einer Industriebranche. Die sonst zur gegenseitigen Bekämpfung nutzlos vergebende Kraft wird in den Dienst der gesamten Arbeiterbewegung gestellt. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die Industrieverbände für die ländlichen Gegenden vom größten Vorteil sind.

Man wende nun nicht ein, daß es unmöglich ist, die verschiedenen Berufsgruppen einer Industrie in einer Organisation zu vereinigen, weil beim Abschluß von Verträgen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Berufe zu verschieden sind. Die Schwierigkeiten sind nicht so groß, als daß sie nicht überwunden werden könnten, und wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wenn auch die besonders schwierige und gefährliche Arbeit der einzelnen Gruppen eine bessere Bezahlung als gerecht erscheinen läßt, so muß das Bestreben der Organisation dahin gehen, die Löhne aller Arbeiter möglichst einheitlich zu gestalten. Daß dieses von einer Stelle aus besser gesehen kann als von fünf bis sechs und mehr Stellen, liegt klar auf der Hand. Denn nichts gefährdet die Einheit und die Stoskraft der Arbeiterschaft mehr, als eine in ihren eigenen Reihen best. bezahlte Oberschicht.

Die Schaffung des Nahrungs- und Genussmittelindustrieverbandes ist eine der dringendsten Aufgaben der Gegenwart. Den Artikel des Kollegen Supper in Nr. 49 der „Verbandszeitung“ wird derjenige am besten verstehen, der besonders in ländlichen Gebieten tätig ist. In den verschiedensten Orten, wo die einzelnen Organisationen der Nahrungs- und Genussmittelbranche ihre Mitglieder haben, weilen oft in einem Orte zwei und noch mehr Angestellte der einzelnen Organisationen, welche dort ihre Tätigkeit ausüben, was in anderen Fällen sehr gut einer einzigen hätte. Daß dadurch bedeutend gespart würde, braucht nicht besonders betont werden.

Aber das ist das schlimmste noch nicht. Wenn man feststellen muß, daß in den einzelnen Orten noch ganze Betriebe zu organisieren sind, und die Kollegen nicht organisieren darf, um mit der betreffenden Berufsorganisation keine Grenzstreitigkeiten zu bekommen, dann ist dieser Fall noch weit schlimmer als der erste.

Die Grenzstreitigkeiten sind überhaupt ein besonderes Kapitel für sich, und sie werden am heftigsten von den



kleinen Organisationen geführt, die an und für sich schon auf dem Aussterben stehen. Durch die Schaffung eines Industrieverbandes werden zwar die Grenzstreitigkeiten nicht vollständig beseitigt werden, aber innerhalb der Industriegruppe werden sie aufzuheben, und das ist auch schon ein ganz gesamtlicher Vorteil.

Die Christen sind uns hier um eine Reihenlänge voraus. Der übergrasende Teil der deutschen Arbeiter hat bereits richtig erkannt, daß ihre Interessen am besten in den freien Gewerkschaften vertreten werden. Der kleinste Bruchteil, den die Christen heute noch haben, verhalten sie vor allen Dingen der Beweglichkeit ihrer Agitationsform. Ich will, um nicht mißverstanden zu werden, gleich betonen, daß ich für die Methoden der Christen, die z. B. heute in den Brauereien, morgen im Transportgewerbe, übermorgen in der Kalkbrennerei oder sonst in einem Gewerbe von ein und derselben Organisation ihre Agitation betreiben, nicht zu haben bin. Aber innerhalb unserer Industrie-Gruppe muß das bestehende starre System beseitigt werden, und dieses, ebenso die vorher bezeichneten Mißstände, können nur durch die Schaffung des Nahrungs- und Genussmittelindustrieverbandes beseitigt werden.

Deshalb: Verbet und geschrieben ist jetzt genug davon, also freischau! zur Tat.

Triest. E. T.

**10. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.**

Die zehnte Tagung fand vom 15. bis 18. Dezember im Gewerkschaftshaus in Berlin statt.

Zur Auftrags- der von der vorigen Sitzung eingesetzten Studienkommission zur Untersuchung der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. berichtete Genosse Ditzmann (Metallarbeiter) und machte im Namen der Studienkommission bestimmte Vorschläge zur Beschäftigung der Akademie durch Gewerkschafter. Zur Ausführung daran erklärte der Genosse Waldt vom preussischen Kultusministerium einen Plan, in kurzfristigen Kurzen die allermodernsten volkswirtschaftlichen Kenntnisse in kürzester Zeit den Massen zu übermitteln. Schließlich einigte der Ausschuss sich auf folgende Resolution:

„Der Bundesausschuss steht der Gründung einer Akademie der Arbeit grundsätzlich wohlwollend gegenüber und ermächtigt die Kommission, an den weiteren Verhandlungen sich zu beteiligen.“

Inzwischen nehmen die einzelnen Verbände an der Vorbereitung der Akademie bzw. auch der finanziellen Durchführung Stellung. Hierfür muß vorher die Ausbühungsdauer festgestellt werden.

Eine sehr ausgedehnte Aussprache entfesselte die Behandlung der Lohnpolitik der Verbände. Der Bundesvorstand hatte diese Frage auf die Tagesordnung gestellt infolge einer Beschwerde des Verbandes der Bergarbeiter darüber, daß die anderen Verbände bei ihrer Lohnpolitik zu wenig Rücksicht auf die Preisgestaltung der Kohle wählten. Auch wüßten die Bergarbeiterverband, daß beim A. D. G. B. eine wirtschaftspolitische Stelle eingerichtet werde. Ferner hatte der Ortsausschuss Nürnberg zentrale Verhandlungen mit den Unternehmern wegen des Lohn- und Preisabkommens gewünscht. Bei dieser Gelegenheit machten die Vertreter der Verbände der Bergarbeiter und der Eisenschmied eingehende Mitteilungen über die gegenwärtigen großen Lohnbewegungen in ihren Berufen. Allgemein wurde gewünscht, daß der Bund sich für die Beilegung dieser Bewegungen einsetze, jedoch wurde auch die außerordentliche schwierige Lage der Bergarbeiter und der Eisenschmied allgemein anerkannt und der Regierung soll jeder Zweifel darüber genommen werden, daß der Ausschuss sich mit aller Kraft hinter diese Arbeitergruppen stellt. Im übrigen stellte der Ausschuss sich auf den Standpunkt, daß eine Mitwirkung des Bundes bei der Lohnpolitik der einzelnen Berufe nicht erfolgen sollte. Diese muß nach wie vor Aufgabe der einzelnen Organisationen bleiben. In lebenswichtigen Industrien dürften entsprechende Schritte allerdings nicht ohne das Einverständnis der übrigen Arbeiterschaft erfolgen, die durch diese Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen werden können.

Somit und entschieden nahm der Bundesausschuss Stellung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über Streiks in Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

Der Reichspräsident hat mit Zustimmung des Reichstages am 10. November d. J. auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die das Streikrecht in den Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser oder Elektrizität versorgen, unter Zwangsmaßnahmen vorübergehend gestillt und strafrechtlich eingeschränkt wird. Der Reichstag hat am 11. November d. J. dieser Verordnung zugestimmt und ihre Aufrechterhaltung bis zur Einführung eines obligatorischen Schlichtungsverfahrens beschlossen.

Der Vorstand und Ausschuss des A. D. G. B. vertreten in bezug auf das Streikrecht in den genannten Betrieben den gleichen Standpunkt, den der 10. Gewerkschaftskongress 1919 in Nürnberg hinsichtlich des Streikrechts der Eisenschmied eingeworfen hat. Er betrachtet nicht die gezogenen Schäden, die durch Streiks in solchen lebenswichtigen Betrieben für Wirtschaftsleben und Bevölkerung hervorgebracht werden und lehnt insbesondere wider Streiks, die entgegen den gewerkschaftlichen Grundsätzen oder Satzungen geführt werden, in entschiedenster Weise ab.

Gleichwohl erheben Vorstand und Ausschuss des A. D. G. B. auch in diesem Fall Einspruch gegen jede auch nur vorübergehende Ausschaltung des Streikrechts, das allen Arbeitern und Angestellten ohne Ausnahme zusteht. Sie vertreten auch hier den Standpunkt, daß Streiks nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verhängung mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu verbieten sind.

Die beiden gewerkschaftlichen Zentralvertretungen rufen an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die auch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht zu vereinbarende Verordnung vom 10. November 1920

wieder aufzuheben. Sie protestieren nachdrücklich gegen ihre Aufrechterhaltung und Ablösung durch ein Zwangsstreikgesetz, das die Gewerkschaften ebenfalls stets bekämpft haben.

An die Arbeiter und Angestellten in den lebenswichtigen Betrieben richten Vorstand und Ausschuss des A. D. G. B. den Appell, ihre Interessen stets nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und sich nicht zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft von unverantwortlichen Streifen in wilde Streiks hineinziehen zu lassen.“

Gegen die Spaltungsbestrebungen der Moskauer kommunistischen Internationale nahm der Ausschuss einstimmig eine Entschließung an, die am Schluß folgendes sagt:

„Da die von Moskau anempfohlenen Tendenzen in hohem Maße die Einheit und Einheitslichkeit der Gewerkschaftsbewegung gefährden, die Arbeiterkraft in ihrer Schlagkraft lähmen, Vermischung und Zersplitterung nach sich ziehen, so erklärt der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes es als unabweisbare Pflicht der Verbände, diese gefährlichen Bestrebungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Mitglieder, die als einzelne oder in Verbindung mit anderen die heute mehr denn je notwendige Einheit der Gewerkschafter schwächen, schädigen deren Position gegenüber dem Kapital, vertreiben darum gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge und stellen sich außerhalb des Rahmens der Verbände. Die Konsequenzen aus einem solchen Verhalten ergeben sich damit von selbst.“

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes macht darum im Interesse der gewerkschaftlichen Organisationen vor der Propaganda der Moskauer Tendenzen. Er rieht an die Mitglieder der angeschlossenen Verbände die ernste Mahnung, den bewährten Grundsätzen der deutschen Gewerkschaften treu zu bleiben und allen Versuchen, Zersplitterung und Uneinigkeit in die Mitgliederkreise zu tragen, mit entschlossener Tatkraft entgegenzutreten.“

Ueber den Ausbau der Wirtschaftsorganisationen machte Genosse Wolf Cohen eine Reihe von Mitteilungen. Der Ausschuss beschloß, eine Studienkommission einzusetzen.

In der Warenbeschaffungskomitee soll sich der Bundesvorstand weiter betätigen.

Anfolge der Einführung der Frankenkürzung im Saargebiete ergeben sich Schwierigkeiten bezüglich Beiträge und Unterstellungen. Der Ausschuss beschloß die Entsendung einer Vertretung des Bundesvorstandes ins Saargebiet, die sich dort mit den Gewerkschaften in Verbindung setzt und die dortigen Mitgliedschaften und die Verbände veranlaßt, zu der Frage Stellung zu nehmen.

Die Frage der Vereinheitlichung der Mitgliederrechte der verkürzt Arbeitenden wurde zur nächsten Sitzung vertagt, bis dahin sollen die Verbände dazu Stellung nehmen.

Zur Unterstützung der ungarischen Gewerkschaften beschloß der Ausschuss, daß die deutschen Gewerkschaften nach dem durchschnittlichen Mitgliederbestande des Vorjahres für jedes Mitglied 5 Pf. an die ungarischen Gewerkschaften abführen sollen. Das Geld wird bei einer Wiener Bank eingezahlt und kann dort unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes von den ungarischen Gewerkschaften erhoben werden.

Gegen die Auslegung des Friedensvertrages durch die Entente, besonders gegen die geforderte Beseitigung der Luftschiffhallen und die bedauerliche Vernichtung der deutschen Luftverkehrsin- dustrie wurde eine Protestresolution angenommen, die an die Arbeiter und Angestellten der Internatlonalen Aufforderung richtet, auf ihre Regierungen einzuwirken, daß solche schändliche Maßnahmen gegen das deutsche Wirtschaftsleben in Zukunft unterbleiben.

Mit der Frage der Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens hatte sich schon die vorige Ausschusssitzung beschäftigt und die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die in Gemeinschaft mit den beiden sozialdemokratischen Parteien der Lösung dieser Frage näher treten soll. Im Auftrage dieser Kommission berichtete Genosse Wolf (Hüttenarbeiter). Die Aufgaben, die auf diesem Gebiet zu lösen sind, sind so mannigfaltig und schwierig, daß es nötig ist, zu ihrer Bewältigung ein besonderes Sekretariat einzurichten, das das Material dazu vorbereitet. Die Einrichtung eines solchen Sekretariats wurde beschlossen. Wegen der Kosten muß noch ein Abkommen mit den politischen Parteien getroffen werden.

Die Stellungnahme zum Stande der Sozialisierungsfrage leitete der Genosse Lindert ein. Es handelt sich dabei bekanntlich zunächst um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Der Redner sprach die dazu vorliegenden zahlreichen Vorurteile und die Bemühungen der Gegner der Sozialisierung, diese zum mindesten auf die lange Bank zu schieben. In der Aussprache wurde unter anderem die große Gefahr hervorgehoben, die darin besteht, daß auch eine Vollsozialisierung der Bergarbeiter noch nicht gleich die günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen kann, auf die sie bei der Schwere und Gefährlichkeit ihrer Arbeit berechtigten Anspruch haben und daß dies von verschiedenen Seiten in demagogischer Weise gegen den Sozialismus überhaupt ausgeübt werden kann. Es handelt sich dabei nicht nur um wirtschaftspolitische Erwägungen, sondern auch um sehr wichtige politische Fragen. Der Ausschuss entschied sich für Einsetzung einer Kommission, die zu diesem Zweck mit den beiden sozialistischen Parteien in Verbindung treten soll.

Die schwierige Frage Berufs- oder Industrieorganisation drängt auch im Bergbau zu einer Lösung, besonders wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Bergbau neben den eigentlichen Bergarbeitern auch noch Mitglieder der Verbände der Metallarbeiter, Maschinenisten und Feiler, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Zimmerer, Daddler, Sattler, Maler, Transportarbeiter, Eisenhauer und Gärtner beschäftigt sind. Genosse Kufmann vom Bergarbeiterverband lud die Verbände dieser Gewerkschaften ein zu einer am 18. Januar in Berlin abzuhaltenden Versammlung.

Ueber die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften“ hatte Genosse Ditzmann (Metallarbeiter) das

einleitende Referat übernommen. Allseitig gab man der Meinung Ausdruck, daß die Gewerkschaften mit der bisherigen bloßen Lohnpolitik nicht weiter kommen können und daß die Verhältnisse zu weiterer Betätigung drängen. Diese sei um so notwendiger, da den politischen Parteien durch die bedauerlichen Spaltungen die Erfüllung ihrer Aufgaben sehr erschwert sei und nur so die Möglichkeit vorhanden sei, eine Einheitsfront der kämpfenden Proletariats wiederherzustellen.

Die Frage der Zusammenfassung der Hand- und Kopfarbeiter zu einer gewerkschaftlichen Organisation behandelte Genosse Sabath und berichtete über die Verhandlungen mit dem Allgemeinen freien Arbeiterbünd (Afa). Wie weit eine solche Zusammenfassung reichen soll, darüber gehen die Meinungen noch recht weit auseinander, um so mehr, da es Verufe gibt, bei denen die Gruppierung Schwierigkeiten verursacht. Es finden noch weitere Verhandlungen über diese Angelegenheiten statt.

Damit in Verbindung stand der Bericht der Kommission betreffend die Industrieorganisationen, Berichterstatter Altmann. Die Kommission ist in voller Tätigkeit und bemüht dem Gebot der Zeit Rechnung zu tragen. Sie wird in der nächsten Sitzung bestimmte Vorschläge machen können. Einseitigen sind noch weitere Verhandlungen nötig und der Redner ersuchte die Verbandsverbände, den Einladungen dazu zu folgen. Die Kommission behandelte ebenfalls die Frage des Gewerkschaftsrechts.

Ueber die Schlichtungsordnung berichtete Genosse A. Cohen. Die Mitwirkung der Gewerkschaften hat erfreuliche Verbesserungen des ursprünglichen Entwurfs erzielt und es wird die Aufgabe der Arbeitervertreter im Reichstag sein, dafür zu sorgen, daß die bisher ausgearbeiteten Entwürfe bei den Verhandlungen im Reichstag nicht wieder eingesezt werden.

Eine längere Aussprache entfesselte über die Vereinheitlichung der Streiks in gemeinsamen Betrieben. Es soll natürlich beruht werden, in betreff der noch vorhandenen Bestimmungen, die der Arbeiterschaft nachteilig sind, eine zweckdienlichere Lösung zu finden.

Der Verband der Berufsfeuerwehrmänner (8500 Mitglieder) wurde in den A. D. G. B. aufgenommen.

**Bei den deutschen Brauerei- und Mühlenarbeitern.**  
Von J. Schifferstein, Zürich.

**II.**

In Leipzig hatte ich Gelegenheit, eine größere Brauerei zu besichtigen. Die verheerende Wirkung des Krieges hat auch in den Brauereien ihre Spuren hinterlassen. Besonders in den Südhäusern steht es bedenklich aus. Alles Kupfer ist verchromt. Dem Moloch Militarismus wurde alles geopfert. Bei der Besichtigung dieses Betriebes wie auch der übrigen Betriebe, welche ich später noch besuchen interessierte mich neben den modernen technischen Einrichtungen die Wirksamkeit der Betriebsräte. In technischer Hinsicht stehen die Betriebe auf hoher Höhe. Besonders die Leipziger Brauerei weist infolge der Initiative des dortigen technischen Ingenieurs bemerkenswerte Neuerungen auf, die auf die Erleichterung des Arbeitsprozesses einen großen Einfluss ausüben. Was die Betriebsräte in ihrer Wirksamkeit anbelangt, so ist zu sagen, daß die deutsche Arbeiterschaft auch ihnen etwas gestaltet hat, das sie recht vortheilhaft von den in der Schweiz nachgebenden Arbeiterkommissionen abhebt. Gewiß sind die Betriebsräte nicht geeignet, der Arbeiterschaft den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu sichern; aber trotzdem versehen sie Funktionen, die ganz gewaltig in die Alleinherrscherrechte der Unternehmer einschneiden. Der gewerkschaftlichen Bewegung bleibt hier noch ein großes Tätigkeitsgebiet offen, weil eine genaue Kenntnis der Produktionsmethoden für den Aufbau der Gesellschaftsordnung, die wir aufbauen, unerlässlich ist. Der scharfe Widerspruch der Unternehmer gegen die Ausbreitung der Wirksamkeit der Betriebsräte zeigt aber, daß den Unternehmern der Wert der Betriebsräte für die Arbeiterschaft nicht unbekannt blieb. Wie allenthalben im menschlichen Leben, kommt es auch bei den Betriebsräten auf die Macht an, auf welche sie sich stützen können. In diesem Falle bildet die organisierte Arbeiterschaft die Macht. Je kräftiger die Organisation ausgebaut ist, um so größer ist der Einfluss der Betriebsräte auf den Arbeitsprozeß.

Von Leipzig ging es nach Berlin, das sich mir in tiefer Dunkelheit präsentierte. Die Elektrizitätsarbeiter streikten damals. Der Streik fand zum Teil auch in den Kreisen der Arbeiterschaft eine scharfe Verurteilung. Die Mehrheit der Stadtverwaltung besteht in Berlin aus Sozialisten. Der Streik brach aus, als die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren. Verurteilt wurde nicht der Streik als solcher, sondern das Ausbleiben desselben vor Beendigung der Verhandlungen. Der Ausgang war, wie ich später in Erfahrung bringen konnte, kein besonders günstiger. Die Sympathie der Bevölkerung, so gering sie von vielen Genossen eingeschätzt wird, spielt eben in einem Kampfe, bei dem die große Masse der Bevölkerung zu Opfern gezwungen ist, eine Rolle, die nicht unterschätzt werden darf.

Die Berliner Versammlung wies trotz des eingestellten Straßenbahnbetriebes — nicht wenig Genossen mußten über eine Stunde zu Fuß zurücklegen — einen sehr guten Besuch auf. Blüthlich auf die angelegte Zeit konnte mit der Versammlung begonnen werden. Im Geiste wünschte ich mit einer ähnlichen Blüthlichkeit auch in der Schweiz. Die Arbeiterschaft selbst würde dabei nur profitieren. Wie in den vorhergehenden Versammlungen, herrschte auch in Berlin während des Vortrages die deutliche größte Aufmerksamkeit. Da die Beleuchtung eine mehr als mangelhafte war, zog ich es vor, meiner Dispositionsblätter wenig Beachtung zu schenken, was wie vorausgesehen war, zu einem etwas leichten Vorzuge führte. In der Diskussion sprachen zwei Anhänger des kommunistischen Modus. Der eine Redner endete beim Staatssozialismus, während der andere in seinen Ausführungen bernied, klar zu umschreiben, wie die Reise

gehen soll. Die Aussprache wie der gesamte Verlauf der Versammlung zeigten, daß die Berliner Brauerei- und Mühlenarbeiter in ihrer überwiegenden Mehrheit auf dem Boden der Wirklichkeit stehen.

Hamburg war die nächste Station. Kurz vor Ausbruch des Krieges beruhte ich dort eine Woche. Soviel konnte ich am ersten Tage schon wahrnehmen, daß von dem Hamburg vor dem Kriege nicht mehr viel vorhanden war. Die Ader des Westverkehrs hat ihren starken Schlag eingebracht. Die gewaltige Arbeitslosigkeit in Hamburg drückt dem ganzen gesellschaftlichen Leben noch einen besonderen Stempel auf. Bei der Arbeitererschaft ist die Stimmung gedrückt. Mit verbissener Miene steht sie all die Herrlichkeiten in den Schaufenstern ausgestellt; zum Kaufen sind die schönen Dinge für sie nicht da. Die Preise haben eine Höhe erklommen, zu denen der karge Lohn nicht ausreicht. — Die Versammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter reiste sich denen in anderen Städten würdig an. Auch die Gegner diskutierten sachlich. Was mir besonders auffiel, war der Appell an die Einigkeit der Gewerkschaftsorganisation. Wir wollen keine Spaltung, erklärten die Kollegen. Mögen sich die Anschauungen auch sonst trennen, die Einigkeit gegenüber dem Unternehmertum halten wir hoch.

Eine Überraschung erlebte ich in der Versammlung der Wäcker. Die Arbeitslosen hatten in einer vorausgehenden Versammlung beschlossen, zuerst die Frage der Unterstützung der arbeitslosen Kollegen zu behandeln. Mit knapper Mehrheit drückten sie in der allgemeinen Versammlung ihren Beschluß durch, worauf der Vorstand die Versammlung auflöste. Die Opposition legte sodann weiter. Wie das zuweilen in der Schweiz auch üblich ist, wurden die Gewerkschaftsführer ganz gründlich zum Gegenstand der Betrachtungen gemacht. Je satter die Angriffe erfolgten, desto kräftiger fiel der Beifall aus. — Zur Vollbringung solcher Heldentaten eignen sich nur Menschen mit niedrigem Charakter. Menschen, die eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen wollen, in der die Verelendung und Vererbung des Lebens Hauptplatz ist, müssen mit einer feineren Geistesbildung ausgestattet sein.

Kritik muß sein. Ohne sie wäre das Leben nicht zu ertragen. Zwischen Kritik und Schwimmen besteht jedoch ein gewaltiger Unterschied. Jeder Mensch mit Gefühl wird den Miskmut begreifen. Viele der Kollegen waren vorher auf den Schiffen als Wäcker beschäftigt. Eine Aussicht, diesen Beruf noch einmal ausüben zu können, besteht nicht, noch viel weniger die, in einer anderen Form des Berufs unterzukommen. Die Lehrlinge sind für die Kollegen verloren. Für mich war der Miskmut deshalb verständlich. Was ich nicht begreifen konnte, war der Umstand, daß sich der Miskmut in einer vollständig verkehrten Weise äußerte.

Die letzte Versammlung hatte ich in Frankfurt a. M. Sie bildete den besten Abschluß. Gut besucht — die gewohnte Pünktlichkeit traf auch hier zu — nahm die Versammlung einen ausgezeichneten Verlauf. Auch die folgende Diskussion, die sich auf die einzuleitende Lohnbewegung beschränkte, bewies, daß man in schweren Zeiten von dem sachlichen Wege nicht abzuweichen braucht, um seiner Meinung Geltung zu verschaffen.

Nachdem mir noch zwei Tage bis zu meiner Einreise übrigblieben, benützte ich die Gelegenheit, dem besetzten Gebiet einen Besuch abzustatten. Dort herrscht zurzeit der Militarismus der Entente. Was von dem preussischen Militarismus als Wölschinn übrigblieb, wird hier weiterkultiviert.

Unter der Bevölkerung ist die Stimmung noch gedrückt als im übrigen Deutschland. Das ist auch nicht anders denkbar. Jeder Schritt ist geschnitten, jede freie Meinungsäußerung unterbunden. Dabei soll das Theater 16 Jahre dauern und ausgerechnet die sonst so gemüthliche Bevölkerung der Rheinlande treffen. Zu hoffen ist, daß die Weisheit, die wahrhaftig mit dem wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht das geringste zu tun hat und eher hemmend als fördernd auf die Betätigung der Menschen einwirkt, in kürzester Zeit ihr Ende erfährt. Reichen sich die Hände und lernen sie erkennen, daß die Arbeiterschaft, in ihrer Gesamtheit genommen, unter dem kapitalistischen System nur zum Leben verdammt ist, dann wird bald der Rest der militaristischen Herrschaft, die schon so viel Opfer gekostet hat, verschwinden.

Zusammengedrückt läßt sich sagen, daß die deutsche Arbeiterschaft trotz dem armen Lebensweg, den sie durchschreiten mußte, in der Gewerkschaftsbewegung noch geschloffen dastand. Heute, da die Konzentration des Kapitals in Deutschland wahre Triumphe feiert, muß es als ein Verbrechen betrachtet werden, hier Ferkelungspolitik zu treiben. Die Zersplitterung der politischen Bewegung hat schon Schäden genug gestiftet. Diesen Schäden zu vergrößern, hierzu darf und kann kein Verfechter der Arbeiterinteressen seine Hand bieten.

Auszuführen wäre noch, daß die Brauereiarbeiter mit zu denen gehören, die am schwersten getroffen sind. Die Konzentration macht immer weitere Fortschritte. Trotz dem Ausblick von Wollbier geht der Konsum stets zurück. Der Arbeiter braucht alles andere eher als Bier. Die Ausichten für unsere Kollegen sind also die denkbar ungünstigsten, denn arbeitslos zu werden, bedeutet heute ein hartes Los.

Die in Deutschland herrschende Krise, die übrigens nicht nur dort, sondern in allen Industrieländern zurzeit bemerkbar ist, kann auf die Dauer von der Menschheit nicht ertragen werden. Sorgen wir deshalb im Interesse unserer selbst wie im Interesse der Allgemeinheit der Arbeiterschaft dafür, daß die Organisationen auf nationalem wie internationalem Gebiete immer geschlossener werden. Die Verurteile, welche vielfach noch vorhanden sind, müssen verschwinden. Beweisen hat sich, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht umkündbar ist, die gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Menschheit zu heiligtigen. Die Überwindung der Produktion in ihrer Vielgestaltigkeit bedingt jedoch, daß wir uns mit den Schwierigkeiten vertraut machen. Versprechen wir dabei nicht, daß die bevorstehenden Kämpfe Opfer erheischen. Ohne sie wird die neue Ordnung nicht eingeführt werden können. Um Großes vollbringen zu können, muß man bereit sein, Opfer auf sich zu nehmen.

### Vom Sozialisieren.

Zu den Ausführungen des Kollegen Schüle in Nr. 47 und des Kollegen Oehmig-Dresden in Nr. 51 der „Verbands-Zeitung“ betrifft Sozialisierung der Mühlen möchte ich auch ein paar Worte in die Wagschale werfen. Ob die beiden Kollegen sich bewusst sind, was Sozialisierung heißt, kann man aus den beiden Artikeln nicht erkennen, und sind die beiden Kollegen sich bewußt, was es heißen würde, Mühlen in einem kapitalistischen System zu sozialisieren oder Bergwerke? In den meisten Städten sind Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte auch sozialisieren, aber trotzdem sind diese Artikel zum täglichen und notwendigen Gebrauch auch nicht billiger im Preise als vor dem Kriege, sondern um das Zwanzig- und Fünfundzwanzigfache nach dem Kriege gestiegen, während die Löhne höchstens um das Neunfache gestiegen sind. So gingen es auch mit den Mühlen. Heute müßte jeder alte Gemeindegewalt sich darüber klar sein, daß man nicht einen Betrieb aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem herausnehmen kann und sozialisieren, denn alle diese Betriebe sind abhängig von der kapitalistischen Produktion: Eisen, Maschinen, Kohlen usw. Was würde es da für Vorteile geben, wenn die Mühlen sozialisieren wären? Für die Allgemeinheit meiner Ansicht nach nicht viel oder gar keine, gerade wie bei den oben angeführten städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken. Ich bin voll und ganz damit einverstanden, daß endlich in sämtlichen Gewerkschaften einmal Stellung genommen würde betreffs der Sozialisierung, aber nicht wie beim Bergbau Stinnes und Konjorten. Nun zu den Mühlen selber.

Die großen und Mittelmühlen wären schon längst reif dazu, die Kleinmühlen haben sich doch nur bereichert durch Schwarzmahlerei, die mühten vollständig ausgeschaltet werden, weil diese meistens als Landwirtschaft nebenbei betreiben, und man könnte die Wasserkraft benutzen zur Elektrizitätserzeugung. Für die Mühlen werden ja von der R. G. die Löhne für die Mühlenarbeiter und Angestellten bewilligt, und Extrazüge für Säcke, Ueberziehmeßel und dergleichen mehr, und trotzdem werden diese Herren in manchen Mühlen auch noch einen Teil der Arbeiterlöhne in die Tasche, die von der R. G. bewilligt werden sind. Wenn die Maßlöhne vereinbart werden, in die der Wochenlohn mit einberechnet wird, so mühten die Mühlen verpflichtet werden, je nach der Beschäftigung die Lohnsätze zu zahlen und dann könnten wir auch kraft unserer Organisation noch etwas von dem Profit der Mühlenbesitzer heraus schlagen. Darum hat es gar keinen Wert, sich um diesen oder jenen Betriebszweig zu unterhalten, ob der sozialisieren werden soll oder nicht, sondern heute geht es um das Ganze; wenn wir nicht ganz verhungern und zugrunde gehen sollen, so müssen wir das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem und die bestehende Gewerkschaftsordnung über den Haufen werfen und die Produktion selber in die Hand nehmen. Denn wo das Kapital die Hand im Spiele hat, da geht es immer um den Profit, ob die Allgemeinheit, das arbeitende Volk, verhungert oder nicht. Darum muß man sich das alles überlegen. Die Mühlen kann man nicht allein sozialisieren, da muß man schon alles sozialisieren, weil ein Betriebszweig von dem anderen abhängt. Darum erinnere ich alle Kollegen an die neun Punkte, die der Gewerkschaftsbund im März bei dem Generalstreik in den Appellen der Regierung eingereicht hat, und etnützig dafür einzutreten, damit diese durchgeführt werden. Dann kommen wir einen schönen Schritt vorwärts in der Sozialisierung. Denn erst müssen wir die Macht haben und dann können wir reden, aber jetzt hat noch das Kapital die Macht und muß daher gestürzt werden. Das andere später darüber.

Kreuznach.

Peter Saier.

### Bewegungen im Berufe.

#### Mühlen.

† Elmshorn. Seit dem 28. August v. J. haben wir zwei Lohnbewegungen hinter uns, wobei große Schwierigkeiten zu überwinden waren. Die erste Lohnbewegung wurde durch Schiedsspruch erledigt. Unseren letzten Forderungen wurde nicht ganz Rechnung getragen, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern lehrten uns, wie schwer wir zu kämpfen haben. Das Ergebnis wurde von den Kollegen gegen vier Stimmen angenommen.

Da immer noch sehr viele den anderen Gewerkschaften angehörende Kollegen in den Betrieben arbeiten, rufen wir denselben zu, treten über in den Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Wenn wir alle unserer Berufsorganisation angehören, ist es uns eher möglich, unseren Lohn zu verbessern. Diese kleinen Erfolge genügen nicht; wenn es an der Zeit ist, werden wir wieder von uns hören lassen; denn wir dürfen nicht rasten, um unsere Lage zu verbessern, aber nur durch Einigkeit ist etwas zu erreichen.

#### Rundschau.

##### Aus Industrie und Beruf.

Betriebskonzentration und Kapitalerhöhung. Die Brauerei Wahn u. Olierich in Kassa hat nach Verschmelzung mit der Brauerei Paulshöhe in Schwerrin diesen Betrieb stillgelegt, während im Betrieb in Rastorf nun auch Limonade hergestellt wird.

Die Generalversammlung der Brauerei Niebeck, Leipzig, genehmigte die Ausgabe von 6 Millionen Mark Schuldverreibungen wegen der Fusion mit der Brauerei Wäcker, Erfurt. Die Generalversammlung der Brauerei Wäcker stimmte der Verschmelzung zu.

Zwischen den Aufsichtsräten der Heddinghäuser Brauerei-Alt.-Ges. und der Schlegel-Scharpensee-Brauerei, Ludwig, ist ein Abkommen getroffen worden, nach dem die Schlegel-Brauerei vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Generalversammlungen die Heddinghäuser Brauerei erwirbt. Der Betrieb in Heddinghausen soll bestehen bleiben.

Die Engelhardt-Brauerei, A. G., Berlin, hat zu Beginn des neuen Geschäftsjahres mit der Firma C. A. J. Kahlbaum Alt.-Ges., Berlin, ein Abkommen getroffen, das neben einem partiellen Aktienkauf ein Zusammengehen auf aller in Betracht kommenden Gebieten vorsieht, und das insbesondere die Möglichkeit gibt,

den weitverzweigten Organisationsapparat nunmehr auch durch Aufnahme des Betriebs von Kahlbaum-Bieren, Spirituosen und Weinen auszubauen.

Die Bavaria-Brauerei-Alt.-Ges. in Hamburg-Altona beantragt die Verschmelzung mit der Tiboli-Brauerei-Alt.-Ges. in Hamburg-Bielstedt. Der Betrieb in Bielstedt wird weitergeführt. Der Bavaria-Brauerei hat sich unlängst erst die Friesen-Brauerei-Alt.-Ges. angegliedert.

Die Vereinsbrauerei Artern hat die Mehrheit der Aktien der Frankenhäuser Aktienbrauerei erworben, außerdem wird die Aktienbrauerei Altstadt angegliedert werden.

Die Altenburger Aktienbrauerei hat folgende Brauereien in sich vereinigt: Brauerei Gera, Vereinsbrauerei Gera, Häpfer, Unterhaus, Brauerei Siebisch, Brauerei Berga, Bauerei Lamlich und Aktienbrauerei Pforten.

Die Verschmelzung der Löwenbrauerei, München, mit der Unionbrauerei Schüle in u. Co. in München ist von den Verwaltungen beschlossen. Den Generalversammlungen der beiden Brauereien wird der Beschluß zur Genehmigung unterbreitet werden.

Die außerordentliche Generalversammlung der Hofbräuhaus-Aktienbrauerei und Malzfabrik, Dresden, ermächtigte den Vorstand, mit der Brauerei zum Felschlöschchen, A. G. in Dresden, bzw. mit der Bank für Brauindustrie selbst Verträge abzuschließen, durch die der Braubetrieb auf die Felschlöschchen-Brauerei übertragen und der Grundbesitz veräußert wird.

Die Hauptversammlungen der Brauereien Henninger, Kempf und Stern in Frankfurt a. M. genehmigten den Verschmelzungsantrag. Die zwei letzteren Brauereien gehen auf die Brauerei Henninger über.

Das französische Bier. Vom Vorsitzenden, Kollegen A. Neuter, für die Jahrestelle Wülheim (Ruhr) wird uns geschrieben:

Zur Tag für Tag lesen wir in den Zeitungen, daß wir so arm geworden sind wie eine Straßenmaus, und Tag für Tag, daß unsere Wälsche wieder gesunken ist. Aber wir leben in den Tag hinein, als ob es kein Morgen gäbe. Seit einiger Zeit wird hier in verschiedenen, hauptsächlich besseren Wirtschaften 12—18prozentiges Bier ausgesetzt. Es handelt sich hier um ein französisches Produkt, welches als deutsches bezeichnet wird, um die Verbraucher irre zu führen. In Deutschland ist es gesetzlich verboten, stärkeres als 12prozentiges Bier herzustellen mit Ausnahme auf unsere schlechten Ernährungsverhältnisse. Dieses angeblich 12- bis 13prozentige Bier (?) kommt aus Straßburg, welches doch französisch ist. Es kostet im Einkauf etwa 500 Mk. und wird mit 1000 Mk. wieder verkauft, ist also mehr als dreimal so teuer als das deutsche Bier. Auffallend ist es, daß es meistens Brauereien sind, die das Bier betreiben, besonders sind es eine bekannte Wülheimer und eine Bodumer Großbrauerei, die hier eine Niederlage unterhält. Bedenkt man, daß im Braugewerbe zurzeit größte Arbeitslosigkeit herrscht, so steht wohl jeder das Schädliche dieses Beginns ein. Wer sind nun die Konsumenten dieses Bieres? In erster Linie natürlich unsere neuen Reichen, die Kriegsgewinnler, Schieber und sonstige Schädlinge. Aber leider auch viele Arbeiter sind es, die dieses Bier trinken. Diese Kollegen können meist nicht genug darüber zeteren, daß so viele Brauereiarbeiter ihnen Konkurrenz machen. In den letzten Jahren sind in Wülheim allein vier Brauereien stillgelegt worden. Die Betriebskonzentration saugt immer mehr kleine und mittlere Brauereien auf. 1914 waren in Wülheim noch über 200 Brauereiarbeiter tätig, heute sind es kaum noch 50. In allen übrigen Städten Rheinlands und Westfalens ist es ähnlich. Die übrigen Arbeiter sind in anderen Betrieben untergekommen, oder vermehren das Heer der Arbeitslosen. Und nun die Brauereien. Von der Reichsgetreidestelle sollen sie mit 30 Proz. des Friedensmalzkontingents beliefert werden; bis heute haben sie noch nicht ein Sechstel dieses Solls erhalten. Die Malzereien stehen heute größtenteils still oder fertigen alles mögliche, nur kein Malz. Dieses muß meist wieder vom Ausland bezogen werden zu ungeheuren Preisen. Um so verwerflicher ist es, daß gerade Brauereien es sind, die dieses Bier betreiben. Warum sägen die Brauereien wohl den Ast ab, auf dem sie sitzen? Die Arbeiterschaft aber des Industriegebietes rufen wir zu unserer Unterstützung heran in dem schwierigen Kampf um unsere Existenz. Wir sind doch auch Fleisch von eurem Fleische und alle ohne Ausnahme organisiert. Auf die Regierung ist hier kein Bezug, jaht würde sie schon längst die Einfuhr dieses Bieres verboten haben. Ihr sollen übrigens auch in dieser Hinsicht durch den sogenannten Friedensvertrag von Versailles die Hände gebunden sein. Um so mehr haben wir deutschen Arbeiter das Recht und die Pflicht, uns selbst zu schützen und das Auslandsbier abzulehnen.

##### Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der Gültigkeitstermin verbindlich erklärter Schiedssprüche. Eine württembergische Maschinenfabrik, die dem Verband Württembergischer Metallindustrieller nicht angehört, hat sich bisher geweigert, die vereinbarte Verzugszulage — die als Bestandteil des Kollektivabkommens für die Metallindustrie in Württemberg vom 1. April 1920 an für verbindlich erklärt worden ist — zu bezahlen. Das Amtsgericht in Saulgau, welches in dieser Angelegenheit von den Arbeitern angerufen wurde, hat sich unverständlichweise für unzuständig erklärt und die Sache an das Landgericht in Ravensburg verwiesen.

Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes hat sich dann am 20. November 1920 an das Reichsarbeitsministerium gewandt und um Auskunft gebeten darüber,

ob der Arbeitgeber verpflichtet ist, entsprechend dem Wortlaut der Verbindlichkeitsklärung ab 1. April 1920 die durch den zweiten Nachtrag des Kollektivabkommens für die Metallindustrie festgelegten Verzugszulagen seinen Arbeitern zu gewähren, oder

ob die Verpflichtung des Arbeitgebers erst mit der Bekanntmachung der Verbindlichkeitsklärung beginnt und welcher Zeitpunkt dann in Frage kommt.

